

Deutschland.

O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

7. Sitzung des norddeutschen Reichstages.

Berlin, 24. September.

Eröffnung 11 1/2 Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. Am Tische der Commissionspräsident Graf Bismarck, Minister v. Friesen, Präsident Delbrück, v. Liebe u. s. w. im Ganzen 13 Mitglieder des Bundesrathes. Das Haus ist stärker besetzt als bisher; Frhr. v. Moltke, Graf Schwerin, Dunder, Hartort sind auf ihren Plätzen.

Abg. Waldeck hat dem Präsidium angezeigt, daß er das Mandat für Wählberechtigung niedergelegt und das für Bielefeld angenommen; desgl. der Abg. Dr. Michaelis, daß er für Düsseldorf niedergelegt hat. — Ein Schreiben des Präsidenten Delbrück erklärt, daß der Bundeskanzler mit Vergnügen bereit ist, auf das Budget des Bundes bezügliche Anfragen zu beantworten und bezeichnet die Mitglieder des Bundesrathes, die für die einzelnen Etats Rede stehen werden. Für den Meinungsäußerer Vertreter im Bundesrath, v. Veit, ist der Minister v. Krosigk eingetreten.

Zwei neue Gesetzentwürfe sind durch den Bundeskanzler an das Präsidium gelangt, betreffend die Verpflegung zum Kriegsdienst und die Nationalität der Handelschiffe. Nach dem Druck derselben wird über ihre geschäftliche Behandlung entschieden werden. Ueber die Vorlage, betreffend die Fortdauer des Zollvereins, beschließt der Reichstag Vorberatung im Plenum, über den heute eingebrachten Gesetzentwurf des Abg. Pasler, betreffend die Aufhebung der Zinsbeschränkungen, Schlusserörterung, über den des Abg. Schulze, betreffend die Aufhebung des Coalitionsverbotes Vorberatung im Hause. (Die Rechte bleibt mit ihrem Antrage auf Einsetzung einer besonderen Commission in der Minorität.) Ferner hat sich heute die aus 28 Mitgliedern bestehende Petitionskommission unter dem Vorherrsche des Abg. Weder (Oldenburg) und des Fürsten Solms als seines Stellvertreters constituirt; Schriftführer ist der Abg. v. Seydewitz. — Endlich fordert der Commissar des Breslauer Künstlervereins auf, zur Errichtung eines Asyls für Künstler u. s. w. zu subscribiren.

Das Haus tritt in die Adressdebatte ein. Zur Geschäftsordnung erklärt der Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) im Namen des abwesenden in Hannover zurückgebliebenen Abg. Miquel, daß derselbe seinen Adress-Entwurf zu Gunsten des von Agidi, v. Blandenburg und Dr. Braun eingebrachten zurückzieht; er bezeichnet die Stellen der Vorträge, die ihm diesen Entschluß ermöglichen, in welcher Bezeichnung Präsident Simon bereits eine Uebersicht der Grenzen einer Erklärung „zur Geschäfts-Ordnung“ erteilt. Derselbe zieht Abg. Graf Stolberg seinen Adressentwurf zurück und Referent plant seinen ursprünglichen Antrag auf Annahme des Miquelschen. Es liegt also dem Reichstag jetzt nur noch die (dritte) von den Abgeordneten Agidi u. s. w. beantragte Adresse vor, welche beide Referenten zur Annahme empfehlen. Zu derselben liegt ein Amendement des Abg. Reichensperger vor, in Alinea 1 statt des Dankes und der Befriedigung der Nation, „aber die bisher erteilten Erfolge einer wahrhaft deutschen Politik“ zu sagen; „aber die allseitig erfolgte Annahme und Durchführung der norddeutschen Bundesverfassung“, und mit Weglassung des ersten Absatzes in Alinea 2 fortzuführen: „Diese Grundlage der nationalen Zukunft zu befestigen und im Sinne u. s. w.“

Ferner liegt eine motivirte Tagesordnung vor: Der Reichstag wolle beschließen: in Erwägung, daß die Vereinigung des Nordens und des Südens Deutschlands durch eine und dieselbe Bundesverfassung als ein unabweisbares nationales Bedürfnis allseitig anerkannt ist, auch eine Einschränkung des Auslandes gegen das Recht des deutschen Volkes auf nationale Einigung nicht vorliegt und, wenn sie vorläge, dasselbe nicht würde beeinträchtigen können — daß auch durch den Inhalt der Thronrede zu der wiederholten Darstellung jenes Bedürfnisses mittelst einer Adresse kein Anlaß gegeben ist — daß Abweisung der Beratung einer solchen Adresse, wenn darin den politischen Anschauungen des Reichstages ein vollständiger Ausdruck gegeben werden soll, unvermeidlich Erörterungen herbeiführt, welche geeignet sind, das vom Gefühl der nationalen Kraft getragene Vertrauen in die friedliche Entwicklung der Zukunft zu schwächen und einen schädlichen Einfluß auf das Vaterland auszuüben — gebt der Reichstag über den Antrag auf Erlassung einer Adresse zur Tagesordnung über. — Unterzeichnet von Graf Dautovitz, Gantzer (Sachsen), Kraus, v. Münchhausen, Dr. Franke, Frhr. v. Hammerstein, Demichien, Geber, Dr. Hänel, Reichensperger, Jensen, Ruffel, Graf Grote, Jordan, Dr. Schleiden.

Die Redezeit wird festgesetzt. Es melden sich zum Wort für die Adresse 13, gegen die Adresse 29. Die Verlesung der überaus langen Liste erregt große Heiterkeit. Zunächst erhält das Wort

Referent Abg. Brand: Meine Herren! Eine Adresse hat bei uns nicht dieselbe Bedeutung wie in England, wo sie regelmäßig nur eine Form ist, nur eine Umschreibung der Thronrede, womit die Majorität ihre Uebereinstimmung mit dem jeweiligen Ministerium zu erkennen giebt. Die Adresse betrachten wir auch nicht wie in Frankreich als eine passende Gelegenheit, sich über alle möglichen Dinge auszusprechen. Uns erscheint die Beantwortung der Thronrede durch eine Adresse nur dann empfehlenswerth, wenn ein besonderer Anlaß vorliegt, wenn politische Fragen von Bedeutung auf der Tagesordnung stehen. Und eine solche Frage ist die unseres Verhältnisses zu Süddeutschland. Die jetzige Lage ist nicht haltbar. Weber der Norden noch der Süden kann getrennt diejenige Entwicklung finden, nach welcher das deutsche Volk hindrängt: sie müssen sich ergänzen auch auf staatslichem Gebiete. Wenn jetzt der Süden zu schwach ist, um ein wirklich selbstständiges Staatswesen zu bilden, so wird auch der Norden an dieser Krankheit leiden, und seine Entwicklung wird immer in Gefahr sein, seiner Aufgabe nicht zu genügen. Die jetzige Entwicklung der politischen Lage aber ist zu einem Punkte gelangt, wo es nöthig ist, daß der Reichstag diesen nationalen Gefühlen einen bestimmten und starken Ausdruck giebt. Dies zu thun und zugleich damit die nationale Entwicklung, die Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norden zu beschleunigen, ist der Zweck unserer Adresse. Rechtliche Hindernisse gegen diese Vereinigung, gegen den Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund sind nicht vorhanden. Auch der Artikel 4 des Prager Friedensvertrages enthält ein solches Hindernis nicht. Was thatsächlich bisher auf dem Wege zur Einigung hin geschah, ist die militärischen Schutz- und Truppbündnisse, die Zollverträge, ist zwar anzuerkennen in hohem Grade, aber es ist nicht genügend, es sind immer nur einzelne Schritte, und das gegenwärtige Uebergangsstadium wird immer unerträglich.

Ganz Europa beschäftigt sich fast täglich mit der deutschen Frage, überall herrscht die Besorgnis, daß dieselbe schließlich auf kriegerischem Wege ihre Lösung finden werde. Und, m. S., so lange die Lösung nicht da ist, wird auch dieser Druck der Kriegesfurcht nicht aufhören, wird es zu keinem ruhigen Aufathmen kommen, wird vor Allem die gesunde Fortentwicklung der bürgerlichen und politischen Freiheiten auch bei uns im Norden nicht möglich sein. (Sehr richtig!) Einem solchen Zustande muß ein Ende gemacht werden (Barbo) und ich glaube, daß eine Adresse, wie sie hier beantragt ist, ein geeigneter Schritt dazu ist. Wir erfüllen damit nur eine Pflicht gegen uns selbst, gegen die Regierung, gegen Süddeutschland, eine Pflicht auch gegen das Ausland. Ich sage zunächst: eine Pflicht gegen uns selbst. Denn eine solche Erklärung wird geeignet sein, die Kraft der nationalen Idee zu stärken, die ja allein die feste und sichere Stütze unserer Zustände, unserer neuen Verfassung ist. Und wenn wir die Regierung fest und sicher ihren Weg gehen sehen, wenn wir in dem neuesten Rundschreiben des Präsidiums des Bundes an die diplomatischen Vertreter im Auslande es ausgesprochen sehen, daß Deutschland eine feste Einmischung nicht ertragen wolle noch werde, m. S., dann ist es hohe Zeit, dann ist es unsere Pflicht, zu erklären, daß wir damit einverstanden sind, daß wir bereit sind, in dieser Richtung jeden Schritt der Regierung zu unterstützen. (Bravo!) Aber nur der freien Entscheidung des Südens soll diese Vereinigung gebannt werden. Noch freilich ist die Stimmung dort eine geistliche: doch bei dem kräftigen Ausdruck, den die badische Thronrede und erforderlich es die einfachste Rücksicht, ich möchte sagen der Höflichkeit, daß wir nehmen. Es giebt auch im Süden große Parteien, gemischt aus particularistischen, aus ultramontanen, aus demokratischen Elementen, die der Einigung

nehmen wir ihnen, m. S., den Vorwurf, den sie uns machen, den nämlichen, daß wir den Eintritt Süddeutschlands in den norddeutschen Bund gar

nicht wollten! Das feierliche Aussprechen unsererseits, daß dem nicht so ist, wird unzweifelhaft auch dort die Stärkung der nationalen Parteien, die Schwächung der uns feindlichen Elemente zur Folge haben. Wir haben endlich eine Pflicht gegen das Ausland zu erfüllen. Mit Mißgunst betrachten einige Parteien in Frankreich die neue Gestaltung der deutschen Verhältnisse: ihre Leidenschaften sind stärker als ihre Vernunft, und Sie wissen, m. S., daß die inneren Zustände Frankreichs der Art sind, daß die einzige Alternative für die Zukunft die Freiheit oder der Krieg ist. Der intelligentere Theil des französischen Volkes freilich verabscheut den Krieg, und wir dürfen hoffen, daß die französische Regierung diese Ansichten theilt. Aber wohin sich die Waage zwischen diesen beiden Richtungen neigen wird, kann Niemand wissen, und da gebietet es unser nationales Interesse und unsere nationale Ehre, daß wir offen und rückhaltlos den festen Entschluß aussprechen, jede Einmischung von Außen unter allen Umständen zurückzuweisen. (Bravo!) Wir wünschen den Frieden, wir wünschen jeder fremden Nation, daß ihre Rechte unbeeinträchtigt bleiben, aber wir sind entschlossen, auch unser eigenes Recht zu wahren, und wir werden uns darin durch keinen Einfluß des Auslandes irre machen lassen. Wir wollen das große Werk der nationalen Einheit vollenden um jeden Preis! (Lebhafter Beifall.) — Das, meine Herren, sind die wesentlichen Gedanken, die in der Adresse ausgesprochen werden sollen und wie ich glaube, ausgesprochen sind. Es wird sich im Einzelnen manches gegen die Redaction einwenden lassen, aber auf solche kleinere Ausstellungen kommt es, wenn nur das Wesentliche ausgedrückt ist, gewiß nicht an. Dies Wesentliche aber finden Sie in dieser Adresse, wie ich meine, in würdiger Form und klar und scharf ausgesprochen. Ich bitte Sie, dieselbe anzunehmen (Beifall).

Abg. Ziegler (gegen die Adresse): Ich betrete heute zum ersten Male die Tribüne mit einer gewissen Befangenheit, weil, wenn ich gegen jede Adresse spreche, es immer den Anschein des Unloyalen und Unzufriedenen hat, wenn man auf königliche Worte keine Antwort findet. Auch ist es mir unangenehm, gegen eine Adresse zu sprechen, weil bei solcher Gelegenheit die größte Sinnlichkeit vorberühren sollte. Ich werde aber nicht dazu beitragen, die im hohen Maße vorhandenen Spaltungen zu vermehren, weil ich mein Vaterland zu sehr liebe, als daß ich dem Auslande Gelegenheit bieten sollte, aus solchen Spaltungen Speculationen auf unsere Schwäche zu machen. (Bravo!) Ich folge deshalb auch dem Herrn Referenten nicht in seinem historisch-staatsrechtlichen Vortrag, der wesentlich darauf hinausging, unser Recht zu beucinen. Das bezweifle ich aber Niemand, am wenigsten Jemand unter uns. Aber ich bin verstimmt, zu motiviren, weshalb die Partei, der ich angehöre, von keiner Adresse etwas wissen will. Es sind Bedenken der schwersten Art, die uns davon zurückhalten, zunächst Bedenken formaler Natur. Ich muß nämlich mit einem juristischen Ausdruck die actibe und passive Legitimation zur Adresse bezeichnen. In einem monarchischen Staat ist die notwendige Voraussetzung solcher Adresse ein Souverän, der mit alleiniger Selbstbestimmung auf die Anträge der Volksvertreter zu beschließen hat. Das ist ja aber hier nicht der Fall. Unser König ist ja nur Bundespräsident, oder, wie der Bundeskanzler einmal sagte, primus inter pares. Werden wir uns daher an ihn allein, so fließt von unserer Adresse an die übrigen Bundesfürsten immer etwas ab. Das haben Sie auch gefühlt, m. S., und deshalb haben Sie mit Verlassung Ihres ersten Entwurfs die Bundesgenossen mit hineingezogen und gesagt: „Ew. Königlichen Majestät und Allerhöchster Erbhabenen Bundesgenossen bezeugt der erste Reichstag seinen Dank.“

Nun habe ich aber gar keine Lust, zu den gedachten Bundesfürsten in irgend eine Communication zu treten, wenn ich auch den Dank nicht abwägen und nicht untersuchen will, wer von ihnen invita Minerva die Einheit gebietet hat. Sodann, m. S., fehlt eine zweite Voraussetzung zur Adresse, nämlich ein verantwortliches Ministerium, über das hinweg eine Landesvertretung sich an den Thron richtet. (Sehr richtig!) Ja, wie haben nicht einmal einen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, sowie uns auch kein Etat des auswärtigen Ministeriums vorgelegt ist. Es ist ja ganz etwas Zufälliges, daß der Herr Bundeskanzler jene Function in Preußen bekleidet. So, meine Herren, stehen Sie erkaunt vor Ihrem eigenen Werke, der Bundesverfassung, und wundern sich über die Spuren der harten Hammerschläge, mit denen es allig gemacht ist, weil etwas zu Stande kommen mußte. Ihrem Herzensbedürfnis nach wollen Sie nun gern über die auswärtigen Angelegenheiten Ihre Stimme erheben, um uns, den Reichstagsmitgliedern, eine höhere Position zu geben. Nun, m. S., wir haben in früheren Jahren, wenn wir über auswärtige Angelegenheiten mitsprachen, wenig Glück gehabt, noch weniger aber einen Einfluß auf die Regierung geübt. Wie sollen wir denn gegenwärtig mit einem Mal Einfluß üben? Und wo im Auslande soll uns denn nun mit einem Male Gewalt genug zutrauen, um auf die Regierung bestimmen oder auch nur helfend zu wirken. Glauben Sie mir, Sie stellen ein gefährliches Präcedenz hin, wenn Sie sich an die Bundesfürsten bei dieser Gelegenheit wenden, und ich könnte Ihnen das durch sehr verlässliche Beispiele klar machen, wenn ich den ruhigen Verlauf der Debatte stören wollte. So viel über das Formale. Materiell kann ich ebenso wenig für eine Adresse sein. Ich glaube voraussetzen zu dürfen, daß Sie den Süddeutschen Ihre Bereitwilligkeit zeigen wollen, sie zu uns herüberzusetzen.

Sollen Sie auf die Fürsten? Ganz Europa weiß ja, wie diese thatsächlich bewiesen haben, daß sie gern im alten Bundeszuge fortgelehrt hätten. Und die Völker? Nun, es ist wahr, daß im Süden einige patriotische Männer den Anschluß an Norddeutschland wünschen. Aber das Gros der Völker? Der Kaiser Napoleon soll gesagt haben: die Völker lassen sich nicht mehr regieren, wenn sie nicht ihre Rechnung bei der Sache finden. So denken auch die süddeutschen Völker, und so rechnen sie darauf, daß wir in die Gemeinschaft eine Mitgift, nämlich ein größeres Maß der Freiheit bringen, als sie schon besitzen. Ist das der Fall? Sie wissen ja, was im Innern noch Alles aufzuräumen ist, und ein Mann Ihrer Partei hat gesagt: Preußen muß innerlich aufgebessert werden. Ich bin weit entfernt, dies hier aufzuführen und an den Wunden des Vaterlandes zu rühren. Aber in dem Adressentwurf, wie er jetzt noch vorliegt, finde ich nichts als den kümmerlichen Satz, es sei Sache des Reichstages, die vorhandene Grundlage im Sinne bürgerlicher Freiheit und volkswirtschaftlicher Wohlfahrt auszubauen. Auch das letzte Alinea, das viele Desiderate enthält, sagt von diesem inneren Ausbau nichts, und Sie vergessen ganz die Pflichten der Regierungen in diesem Sinne anzurufen. Schon deshalb kann meine Partei nicht für die Adresse stimmen, weil letztere immer Freiheit und Einheit gleichmäßig betont. Und nun zum Schluß die Frage: ist denn Ihre Adresse an der Zeit? Ich glaube, daß die, welche sie angeregt haben — und es sind nur Wenige — sich die Lage des Landes nicht klar gemacht haben.

Seit langen Jahren haben wir schon theils Krieg, theils Kämpfungen, und im letzten Jahre wurden wir von einer Handelskrise, der Cholera und dem Kriege heimgesucht. Die Geschäfte liegen darnieder, Hypotheken nicht zu schaffen, Course gefallen, Landgüter ausbezogen, Amerika überfährt, die Arbeit stockt. Und was sagt der Bürger? „Laßt uns doch Zeit, die Läden in unserem Vermögen auszufüllen, laßt uns arbeiten, das Vertrauen sich befestigen, unsere Kinder erziehen und verjahren.“ Und eben während sie aufathmen, kommen Sie mit Ihrer Adresse, die auf die Börse von Paris wirken, auf Wien und Berlin zurückzuschlagen und so wieder die Ruhe in Frage stellen wird. Und wozu das Alles? Wollen Sie etwa dem Minister des Auswärtigen Muth machen? (Heiterkeit.) Nun ich habe viel Vorkürse gegen ihn gehört, Vorwürfe, die zum Theil mit Selbstüberwindung späterhin abgegeben worden sind. Aber den Vorwurf der Muthlosigkeit habe ich nie gehört. (Heiterkeit, an der der Bundeskanzler theilnimmt.) Im Gegentheil habe ich mich gefreut, daß der Herr Minister in der Luxemburger Affaire sich selbst beschränken konnte, was der wahre Staatsmann können muß, und ich verehere deshalb die Curie, weil sie auch ein Actenstück schreiben kann: „reproductur nach 50 Jahren.“ Wozu denn meine Herren nun diese Unruhe? Ich erinnere mich, daß kurz nach dem Ausmarsch unserer Truppen nach Böhmen mich ein Franzose besuchte. Ueber nichts war der Mann so erkaunt, als über die Ruhe in Berlin. Jeder ging ruhig an seine Arbeit, selbst an öffentlichen Orten sprach man wenig über die Sache. Und mit französischer Lebhaftigkeit rief er aus: „Seid ihr denn, wie einst der römische Senat, ein Volk von Königen?“

Und, m. S., ist denn unsere jetzige Position nicht viel sicherer? Hat nicht unser Heer die Feuerprobe ausgehalten? Ist nicht unser Schatz gefüllt? Sind nicht reiche Mittel zur Ausbesserung der Kriegsrüstung benützt? Ist nicht unser Kriegsminister weniger thätig als sonst? Ist nicht unser Heer bis zu jedem

Knopf und jeder Schnalle gerüstet? In solcher Lage ist es wahrer, mit übereinandergeklagenen Armen in alle die Unruhe in und außerhalb der Grenzen ruhig dritt zu sehen, als unruhig mit den Armen zu sechten. Ihnen Allen ist bekannt, daß das Ansehen des Staates ganz correlat ist mit den Courfen seiner Staatspapiere. Diese hängen ab vom Credit, letzterer von der Arbeit des Volkes. Lassen Sie uns also arbeiten, sparen, Werthe schaffen! Das sei die einzige, legale, nachhaltige Rüstung, gegen die Niemand etwas haben kann. Ich bitte Sie, von Ihrer Adresse abzustehen. Ich glaube, daß Viele unter Ihnen sind, die sie nicht beantragen hätten. Aber sie ist einmal da, und so wird es Ihnen schwer, zurückzutreten. Aber Sie werden ja nicht besiegt, denn unsere wenigen Stimmen können Sie nicht besiegen, Sie begehren vielmehr einen Act der Selbstüberwindung. Die Welt weiß, daß wir nicht aggressiv sind, daß es aber gefährlich ist, uns in unserem Rechte zu nahe zu treten. Haben wir Vertrauen zu unseren Zuständen und drücken wir das aus durch das, was Sie an der königlichen Rede hervorhoben, durch ein „beredtes Schweigen!“ (Lebhafter Beifall von verschiedenen Seiten des Hauses.)

Abg. Prof. Agidi: Allerdings waren es viele Gründe, welche gegen den Erlaß einer Adresse sprachen, wenn indessen jetzt von Seiten der national-liberalen Partei der Entwurf einer solchen eingebracht ist, so erfordert es die Rücksicht auf die stets bewiesene nationale Haltung derselben, ihre Gründe zu erwägen, und man kann dieselben nicht als unbedeutend zurückweisen. Zunächst ist zu bedenken, daß ein Wort dieses ersten Reichstages die wohlthätigste Wirkung auf den Frieden haben kann unter der — jetzt zur Wahrheit gewordenen — Voraussetzung, daß sich in dem Ausdruck desselben alle Fractionen, die die Regierung nach Außen unterstützen, vereinigen. Äußere Politik zu treiben, ist freilich nicht unsere Aufgabe, wohl aber die öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die bemängelte Form der Adresse, nach welcher sich dieselbe auf den König von Preußen noch an die anderen Bundesfürsten wendet, ist völlig correct und entspricht dem verfassungsmäßigen Verhältnis, welches auch diesen kleineren Fürsten ihre rechtliche Stellung wahr. Für das Verhältnis zu Süddeutschland halte ich es von Wichtigkeit, daß unser Wort der Ausdruck des Hauses von der äußersten Rechten bis tief in die Linke hinein ist; es giebt den Süddeutschen den Beweis, daß sie mit offenen Armen empfangen werden, wenn sie zu uns kommen wollen; wenn sie nicht wollen, dann dürfen wir ebensovienig eine Pression auf sie ausüben, wie die preussische Regierung dies gethan hat, obwohl sie in der Kündigung des Zollvereins die beste Waffe in den Händen hatte. Hinsichtlich der Deduction, daß durch den Prager Frieden in dem Main eine ewige Scheidelinie zwischen Nord- und Süddeutschland durchaus nicht gegeben sei, schließe ich mich, als Lerner und Lehrer des Staatsrechts, den Ausführungen des Abg. Brand an. Wir wollen durch unsere Adresse dem französischen Volk sagen, daß es als Zuschauer des vorjährigen Schauspiels nicht — wie es im Uebermuth geschah — noch ein honorar beanspruchen kann. Wenn sich Nachbarvölker gegen uns verbänden und zum Kriege herausfordern, so ist dies nur ein Zeichen ihres Vandalismus und für uns kein Gegenstand der Besorgnis. Das französische Volk sollte durch das Gefühl der eigenen Würde abgehalten werden, sich zu den Nationen zu zählen, die Andere für sich arbeiten und sich selbst die Nägel wachsen lassen; sollte es uns bedrohen, so werden wir diese Nägel zu beschneiden wissen, und es in den Stand setzen, an den Ausbau seines eigenen Innern zu arbeiten.

Abg. Gantzer (für motivirte Tagesordnung): Ich bin gegen eine Adresse, da ich dieselbe für eine der schärfsten constitutionellen Waffen halte, die man auf die Gefahr hin, sie abzunutzen, nicht anwenden darf ohne dringende Veranlassung. Eine solche finde ich weder in äußeren Ereignissen noch in der Thronrede. Ich selbst stehe auf dem Boden der Bundesverfassung und mit mir erkennt der größte Theil des Volks dieselbe an, doch ist zwischen Anerkennung und großer Sympathie, wie Sie dieselbe in der Adresse aussprechen, ein bedeutender Unterschied. Dies veranlaßt mich, gegen Ihren Entwurf zu stimmen. Sie werden durch Annahme desselben nur kaum bemerkbare Wunden wieder aufreißen, die Lebensadern von Neuem weiden, aber keine Stimme der Süddeutschen für sich gewinnen. Das Letztere ist nur möglich durch Herstellung eines wahrhaft constitutionellen Bundesstaates, der neben einer starken Centralgewalt auch die Rechte Anderer schon, nicht aber dadurch, daß Sie für eine herbefferungsbedürftige Verfassung den Dank der Nation votiren. Wenn Sie aber durch Ihre Adresse nur dem Auslande gegenüber das Recht betonen wollen, sich im Innern nach eigenem Belieben zu constituiren, so ist das in den Motiven unseres Antrages noch viel schärfer ausgesprochen. Die von Ihnen vorgeschlagene Fassung könnte außerdem als Provocation dem Auslande gegenüber aufgefaßt werden und auf die Börse wie auf Handel und Verkehr den nachtheiligsten Einfluß ausüben. Sobald die Mainlinie überschritten ist, wollen wir im Namen der ganzen deutschen Nation eine Adresse beschließen, welche lauten soll:

„Ein Volk, Ein Reich, Ein Wappen; Helf uns Gott, so soll es klappen!“

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Der letzte Redner hat gegen unsere Adresse geltend gemacht, daß durch dieselbe vom Neuem schmerzliche Gefühle erregt und Leidenschaften geweckt würden. M. S.! Dadurch, daß man Jemandem die Bruderhand reicht, kann nur derjenige gereizt werden, der nach Erneuerung des Krieges lechzt. Der Redner für einfache Tagesordnung hat die Mängel der Bundesverfassung hervorgehoben, dieselbe gewissermaßen als nur aus Mängeln zusammengesetzt dargestellt, wie einen Mantel aus Löchern. Von diesem Standpunkte aus kann er allerdings für unsern Entwurf nicht stimmen, in welchem ein Dank für diese Verfassung ausgesprochen wird. Diese Vorwürfe gegen den bestehenden Zustand haben sich übrigens schon bedeutend gebessert; es ist heute ein überwundener Standpunkt, dem entschlafenen Bundesstaates eine Ubräne nachzuweisen, um so mehr, als sich die Früchte der neuen Verhältnisse bereits zu zeigen beginnen. Jolleinigung ohne Beto und mit Volksvertretung, Einheit des Heeres, welches die Wahrscheinlichkeit des Sieges für sich hat, Freizügigkeit, Einheit von Maß, Münze und Gewicht, Abschaffung des Papunwesens, Sicherheit der Kaufschaffenscheine u. s. w. Würde ein einziger der erwähnten Vortheile unter dem Bundesstaate erreicht worden sein, bei welchem schon die Neigung zur Thätigkeit ein Mitglied in den Verdacht eines unruhigen Kopfes zu bringen vermöchte? Das Bedenken, daß wir durch unsere Erklärung uns einheitlich constituiren zu wollen, das Ausland provociren können, darf uns nicht bestimmen; sollten wir, die wir uns bei allen inneren Kämpfen Englands, Frankreichs, Spaniens, jeder Intervention enthalten haben, nicht einmal sagen dürfen, daß wir uns einigen wollen? Darf ich meinem Nächsten verbieten, seine gefärbte bunte Jade mit einer neuen zu vertauschen, weil ich selbst einen ganzen Rod anbaue?

Wir haben mit Oesterreich Frieden geschlossen und Oesterreich wird — das hoffe ich — denselben halten, und sich mit uns zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu verbinden. Das zum Erlaß einer Adresse nothwendig ein verantwortliches Ministerium gegeben, ist um so weniger zutreffend, als Sie einen Bundeskanzler haben, der stark genug ist, die Verantwortlichkeit allein auf seine Schultern zu nehmen. Ebenso wenig kann ich die Enthaltung anerkennen, daß wir uns einer Erklärung über die äußere Politik enthalten sollten, da man doch nicht auf uns hören würde, und wir bisher wenig Glück damit gehabt hätten. Es ist dies die Lehre vom passiven Widerstand, mit dem man doch genug böse Erfahrungen gemacht hat, um denselben endlich aufzugeben. Man sagt uns endlich: Was wollen Sie mit Ihrer Adresse an aufzuheben. Man sagt uns endlich: die doch nicht die Absicht haben, sich Euch die süddeutschen Fürsten und Völker, die doch nicht die Absicht haben, sich Euch anzuschließen? Ob alle süddeutschen Dynasten so denken, weiß ich nicht; einen Kenne ich nur so weit, daß er Keinem von uns an nationalem Gefühle nachsteht; jedenfalls giebt es eine stärkere Macht, welche hinter dem Fürsten steht: der kategorische Imperativ der Nation. Wie man von süddeutschen Völkern sprechen kann, versteht ich nicht, da alle süddeutschen Staaten eben nur ein Volk bilden, und nicht einmal nach Stimmen abgetheilt sind. Der Abg. Gantzer hat uns erklärt, wir müßten viel mehr constitutionelle Freiheiten bieten, um die andere Hälfte Deutschlands zum Anschluß zu bewegen; ich versichere Ihnen, daß kein süddeutscher Staat so große verfassungsmäßige Rechte besitzt, wie sie die Bundesverfassung uns Norddeutschen gewährt. Schließlich hat man uns gesagt: „Still, löst die Börse nicht.“ Ich bin erkaunt, gerade von dieser Seite (nach links) den Wahlspruch zu hören: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.“ Wir wollen an unsere friedliche Arbeit, an den Ausbau der Verfassung gehen, und sprechen nur durch die Adresse dem Auslande aus: „noli turbare circulos meos.“ Dies ist der Standpunkt, von dem aus ich Ihnen die Annahme der Adresse empfehle, den der Dichter ausdrückt in den Worten:

„Dies ist unser, so laßt uns sagen und uns behaupten, Denn es werden noch viele die entschlossenen Völker geziehen.“

Abg. Dr. Schaffrath (gegen die Adresse): Obgleich auch ich auf dem Boden der angemessenen Bundesverfassung stehe, kann ich doch nicht für die Adresse stimmen, da ich ihre Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit nicht einsehe und die vom Vorredner angeführten Gründe höchstens die Zulässigkeit einer Adresse motiviren können. — Es liegt keine hinreichende Veranlassung vor, auf die rein geschäftliche Eröffnungsrede des Reichstages irgend etwas zu erwidern; da können wir besser das in dem einen Adressentwurf so sehr hervorzuheben, herab die Schwächen nachahmen. Der einzige Kern, der in der Adresse liegt, der Anspruch des Reichstages, ihr Recht auf Wiedereröffnung zur thatkräftigen Geltung zu bringen, ist weit kräftiger, beider, reeller und fruchtbarer niedergelegt, als dem Bundesbesitzer und dieser Zweck besser erreicht werden dürfte, als durch die einstimmige Bewilligung des Reichstages, die durch die wortreiche Adresse. Die Annahme einer solchen Adresse bringt aber noch den Nachtheil, daß das Vertrauen der Geschäftswelt durch eine solche Proclamation nicht gestärkt, sondern Handel und Verkehr dadurch gelähmt werden, mindestens ist jetzt eine solche Adresse durchaus nicht zeitgemäß. — Außer diesen allgemeinen Gesichtspunkten bewegen mich auch noch einige specielle Stellen, gegen dieselbe zu stimmen. In Alinea 1 soll „die Befriedigung der Nation ausgesprochen werden über die bisher errungenen Erfolge einer wahrhaft deutschen Politik.“ Dieses Zeugniß kann ich nicht ausstellen; denn es wäre meiner Meinung nach nicht wahrheitsgemäß, und die Nation fühlt in der That keine wirkliche Befriedigung, sondern ist vielmehr unzufrieden über den unfertigen Zustand, der durch die Bundesverfassung herbeigeführt wird, in der früher ermordete Rechte preisgegeben werden; die Nation ist unzufrieden über die großen Lasten und Kosten der errungenen Erfolge, die bisher eigentlich der einzige errungene Erfolg der deutschen Politik sind (Unruhe rechts); das Volk ist nicht zufrieden mit den Mitteln und Wegen, auf dem diese Erfolge errungen sind; es mißbilligt sie ebenso, wie die Geschichte später diese Mittel und Wege verurtheilen wird. (Unruhe rechts).

Auch mit dem letzten Satze bin ich nicht einverstanden, wo von der Pflege der geistigen und sittlichen Güter durch den Reichstag die Rede ist. Mit diesen Gütern hat der Reichstag und das Bundespräsidium gar nichts zu thun (Obol rechts). Ja, meine Herren, Dank der Ihnen angenommenen Bundesverfassung; Sie haben hier nur mit materiellen Gütern zu thun, mit den Grundrechten des Magens, wie uns damals fast böhmisch zugerufen wurde. In der Bundesverfassung steht wohl etwas von Getreide, von Holz, von Kartoffeln, von Düngungsmitteln, von der Bekleidung der Arme, von den Grundfarben der Röde (Ruf links: Sehr gut!), nichts aber von der Pflege der geistigen und sittlichen Güter. — Aus allen diesen Gründen rathe ich, den Adressentwurf abzulehnen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte ist vom Grafen Lehndorff eingebracht. Auf der Rednerliste sind noch verzeichnet 9 Redner für, 25 gegen die Adresse. — Der Antrag auf Schluß wird angenommen.

Correspondent Graf Stolberg-Wernigerode: Einen Gedanken möchte ich nur noch hervorheben, weshalb ich einen ganz besonderen Werth darauf lege, daß die Adresse angenommen werde, nämlich weil bei den Verhandlungen über dieselbe die alten Partestellungen vergessen worden sind, weil die Herren von der nationalen Partei uns dabei die Hand gereicht haben, so daß wir hoffentlich nicht wieder auseinander kommen werden; damit das engere und weitere deutsche Vaterland erkenne, daß eine große Majorität im Hause feststeht und einmütig zusammengeht. Wir wissen Alle, daß die Bundesregierungen Alles machen werden, was gemacht werden kann. Deutschland soll aber auch wissen, daß hier im Reichstage eine Majorität besteht, die den Bundesregierungen bei ihrem schweren Amte zur Seite steht. Nehmen Sie die Adresse an und die Unterschriften werden zeigen, daß wir das Ja und Amen darauf gedrückt haben.

Hiermit ist die Generaldebatte geschlossen; ein Antrag des Abg. Reichensperger, über die motivirte L. O. schon jetzt abzustimmen, wird abgelehnt und die Specialdebatte eröffnet.

Bei Al. I empfiehl Abg. Reichensperger sein Amendement und bekämpft den betr. Passus des Adressentwurfs als unrichtig, überflüssig und schädlich. Es sei hinreichend, wenn man für die „Constituierung“ des Bundes seine Anerkennung ausspreche; man möge durch die Erwähnung der Ereignisse von 1866 nicht wieder alte Wunden aufreißen.

Abg. Kantak: Im ersten Passus ist der Dank und die Befriedigung der Nation über die errungenen Erfolge einer wahrhaft deutschen Politik ausgesprochen. Ich und meine Landsleute sind nicht in der Lage, den Dank der deutschen Nation für eine wahre deutsche Politik darzulegen. Schon im constituirenden Reichstage haben wir Protest dagegen erhoben, daß wir Polen in den norddeutschen Bund mit einberufen wurden; es ist dies aber trotzdem gegen unsern Wunsch und Willen und unter Verletzung der uns garantirten Rechte geschehen. Die Einberufung ist thatächlich vollzogen; wir haben damals unser Mandat niedergelegt; durch unsere Wiedernahme haben unsere Wähler ihre Uebereinstimmung mit unserem Verhalten ausgesprochen; und wir stehen heute noch auf demselben Boden, wie im constituirenden Reichstage. Als Abgeordnete der polnischen Bevölkerung legen wir Protest ein gegen den norddeutschen Bund, nicht gegen ihn als staatliche Bildung, sondern als nationale Einheit. Und wenn wir trotzdem hier wieder Platz genommen haben, so geschah es nur, um kein Mittel unversucht zu lassen, um auf geschäftlichem Wege das Recht, den Wunsch und Willen der polnischen Bevölkerung zur Geltung zu bringen und ihre Interessen zu wahren. Sie, meine Herren, haben sich freiwillig vereinigt zum norddeutschen Bunde, und können deshalb wohl Ihren Dank und Ihre Befriedigung aussprechen. Die Bundesverfassung ist zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes begründet, nicht aber zur Pflege unserer Wohlfahrt; wir haben deshalb keine Veranlassung, unseren Dank auszusprechen. Sie haben das Recht, in der Adresse Ihre nationalen Wünsche und Gefühle auszusprechen, wir als Polen sind weder gewillt, noch befugt dazu, und werden deshalb gegen den ersten Passus, sowie gegen alle übrigen Passus und gegen die ganze Adresse stimmen.

Abg. Bebel (gegen Alinea 1): Nachdem beschlossen worden ist, eine Adresse anzunehmen, hätte ich auch erwartet, daß man sich darin an die wahren Thatfachen gehalten hätte, und da würde man gefunden haben, daß die deutsche Politik, die man hier so sehr anhebt, keine so rühmens- und lobenswerthe ist. Ich muß mich überhaupt dagegen verwahren, daß der Reichstag im Namen der Nation sprechen will. (Unruhe rechts. Glorbe des Präsidenten.)

Präsident Simson (den Redner unterbrechend): Und ich muß den Reichstag verwarren gegen den Anspruch des Herrn Redners; es giebt kein anderes Organ der Nation, das die Nation in dem Maße zu vertreten berechtigt wäre, wie der Reichstag.

Abg. Bebel: Wenn der Herr Präsident meine Motivirung erst angehört hätte, würde er gesehen haben, daß ich im Rechte bin, da ich die Interpretation eines Herrn Vorredners zurücknehmen wollte, der den norddeutschen Reichstag als Organ der gesammten deutschen Nation hinstellen wollte.

Präsident Simson: Ich habe den Redner so verstanden, als ob er dem Reichstage die Vertretung des norddeutschen Bundes absprechen wollte. (Ruf links: Nein! Nein!) Um so besser.

Abg. Bebel (fortfahrend): Der norddeutsche Reichstag vertritt nur einen Theil der Nation. Wenn man in der Adresse so sehr die Vortheile und Erfolge des norddeutschen Bundes hervorhebt, hätte man auch der Nachtheile und Verluste mit ein Paar Worten gedenken sollen. Und da wäre zunächst zu beklagen gewesen der Verlust von Luxemburg für Deutschland. Der zweite Verlust steht noch in Aussicht, der Verlust der Grenzmarken von Deutschland, der nordschleswigschen Districte. — Ich kann mich deshalb mit der Adresse, die in so wahrheitswidriger Weise Alles verherrlicht, nicht einverstanden erklären.

Bundeskanzler Gr. Bismarck: Ich nehme nur das Wort, um einem weitverbreiteten, auch vom Vorredner angeregten Irrthum entgegenzutreten, als ob Luxemburg losgerissen wäre von Deutschland seit Begründung der norddeutschen Verfassung. Das ist nicht richtig. Luxemburg befindet sich noch ganz in derselben Situation wie vorher; es hat noch dieselbe Verfassung, dieselbe Dynastie wie früher. Nur das Garnisonrecht, das der König von Preußen in Luxemburg hatte, ist jetzt aufgegeben. Es ist aber nicht wahr, daß Luxemburg nun von Deutschland losgerissen sei oder eine gelodertere Stellung jetzt einnehme, als nach Zerfall des deutschen Bundes. Wenn der Herr Vorredner nun das Verlangen ausgesprochen hat, daß wir wegen der Luxemburger Frage einen Krieg hätten anfangen sollen, so steht er mit seiner Ansicht ziemlich isolirt da und befindet sich durchaus im Widerspruch mit einem anderen Vorredner, der die Adresse deshalb bekämpft hat, weil sie die Sicherheit des Friedens beeinträchtigen könnte. Er wünscht einen Krieg geführt für einen geringeren Gegenstand als der ist, welcher durch die Adresse gewahrt werden soll. Er wollte die Nation in einen Krieg gestürzt sehen um eines Garnisonrechts willen, das wir nicht einmal als zweifelloses Recht ansehen konnten; ein Recht, das erloschen war mit Auflösung des Bundes und das gegen den Willen des Souveräns nicht fortgeführt werden konnte.

Wenn wir es deshalb vermeiden, die Frage bis auf das Neueste zu treiben, so verdient der König von Preußen noch den Dank der deutschen Nation, daß er der nabeliegenen Veranlassung, sein siegreiches Heer zu neuen Triumpfen aufzurufen, widerstanden hat. Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere selbst in den Krieg zu führen und zu leiten. Sie kennen die Gefahren und Leiden des Krieges und sehen in das brechende Auge des sterbenden Kriegers; das würden sie aber nicht mit rubigem Gewissen thun können, wenn sie sich sagen müßten, daß der Krieg mit Ehren zu vermeiden gewesen wäre. Diese väterlich monarchische Regierung war es denn auch, welche den König von Preußen bewog, der Luxemburger Frage wegen, wodurch nicht unsere Unabhängigkeit bedroht und kein zweifelloses Recht aufgegeben wurde, nicht Laufende von Menschen auf dem Schlachtfelde zu opfern; diese Verantwortung, welche vielleicht der Herr Redner und seine Gesinnungsgenossen tragen zu können meinen, glaube ich nicht übernehmen zu können. Dazu kommt, daß ein vollständiger Erfolg für den Verlust durch die Neutralisirung des Gebiets und die hierfür gegebene Garantie gewährt worden ist, was den Werth der Festung durchaus erstet.

Abg. Försterling (gegen Al. I) entwickelt in längerer Ausführung, die mehrere Citate aus den Schriften Lassalle's enthält, den Standpunkt der Lassalleaner, deren einziger Vertreter er sei. Er wünscht die gänzliche Befreiung jeder Confederation; die Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer Staatseinheit. Durch Einheit zur Freiheit müsse man gelangen. Redner wird in seinen Ausführungen durch große Unruhe des Hauses, mehrere Rufe: zur Sache! und wiederholte Ermahnung des Präsidenten, sich an Al. I zu halten, unterbrochen. Redner fährt sodann aus, daß eine solche Einigung Deutschlands nicht nur aus politischen Rücksichten, sondern auch zur Besserung der socialen Lage der Arbeiter erforderlich ist.

Gegen Al. II spricht Abg. Schred, ist aber bei der zunehmenden Unruhe des Hauses nicht verständlich.

Gegen Al. III spricht Abg. Mammen: Es ist nicht zweckmäßig bloß durch Abtraten eine Vereinigung mit Süddeutschland anzustreben. Man möge lieber etwas thun und nachholen, was man im Frühjahre verstimmt, indem man die Verfassung in freirechtlicher Richtung ausbaue. Die Grundrechte möge man in die Verfassung einfügen; dann werde man die Sympathien der Süddeutschen wiedergewinnen, die man durch frühere Beschlüsse von sich gestossen, das sei ein besseres Mittel der Einigung, als eine solche Adresse.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich habe bei der allgemeinen Discussion nicht das Wort ergriffen, weil es für den Vertreter der Regierung eine delicate Sache ist, sich über eine Adresse auszusprechen, die die ungetrübte öffentliche Meinung der Regierung vorführen soll. Ich will aber hier nur mit ein Paar Worten die Stellung der Regierung hierzu kennzeichnen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Wir sehen in der Adresse die Zusicherung, welche der Reichstag dem Süden, dem Auslande und den Bundesregierungen gegenüber abgibt, daß die Regierungen in der Weiterverfolgung ihrer deutschen Politik auf ihn rechnen können. Aber wir fassen die Adresse nicht so auf, als ob der Reichstag die Regierung zu raucherer Action drängen wolle, als die Sache es erfordert, als ob dadurch ihr Handeln mehr beschleunigt werden solle, als sorgfältige Erwägungen es gebieten. Wir untererseits glauben, daß jeder derartige Druck nicht nöthig sei und wir würden uns dadurch vom Standpunkt der ruhigen Erwägungen nicht abbringen lassen. Aber wir sind auch überzeugt, daß wenn die deutsche Nation, Süden und Norden, die Einheit wollen, keine deutsche Regierung, kein deutscher Staatsmann stark genug, kein deutscher Staatsmann mutbig, oder, ich möchte vielmehr sagen, kleinmüthig genug sein wird, um dies hindern zu wollen. (Beifall.) Die Adresse wird nicht wollen, daß wir unsere reservirte Haltung gegen den Süden verlassend; ein solcher Druck würde auch eher das Gegenteil dieser Absicht erreichen.

Abg. Frhr. v. Rabenau betont die Nothwendigkeit eines baldigen Anschlusses der süddeutschen Staaten und befragt, daß der in der zweiten Beschlüssen der Reichstages Hesses betreffende Antrag von der ersten abgelehnt sei in Folge der Erklärung des großherzoglichen Ministers v. Dalwigk, daß Hesses Anschluß aus Rücksicht für Preußen, dem dadurch Verlegenheiten bereitet würden, noch unterbleiben müsse. Die Vereinigung des Südens mit dem Norden sei aber nothwendig; möge sie bald geschehen, wenn auch der Main uns zum Rubikon werden sollte.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Die eben citirte Aeußerung des großherzoglichen hessischen Staatsministers ist mir damals entgangen, sonst würde ich auf diplomatischem Wege diese irrige Ansicht berichtigt haben. Ich kann versichern, daß die königliche Regierung der großherzoglichen zu dieser Aeußerung mit keinem Worte Veranlassung gegeben hat. Wäre der gemüthliche Schritt damals erfolgt, so wären dadurch nicht für Preußen Verlegenheiten entstanden, sondern höchstens für die übrigen süddeutschen Regierungen, deren Stellung durch diesen Vorgang erschwert worden wäre. Der Herr Abg. Legidi hat dies vorher mit Geduld und Sachkenntnis ausgeführt. Ich erkläre nochmals, daß ich die Aeußerung des großherzoglichen Ministers in der ersten hessischen Kammer als begründet und zutreffend nicht ansehen kann.

Abg. Dr. Braun bemerkt in Betreff der Grundrechte, daß ihre Einführung nirgends in der Welt so fanatischen Widerstand gefunden habe, wie gerade in Baiern. (Heiterkeit.)

Zu Alinea V des Adressentwurfs verlangt Niemand das Wort. Zu Alinea VI fühlt Abg. Hähnel (Riel) sich verpflichtet, die Frage Nordschleswigs hineinzusetzen, die nicht als Bagatelle übergangen werden darf, sondern als uralte Frage mit der Größe der Nation verbunden ist. Von der Abtretung war erst nach dem Wiener Frieden plötzlich die Rede als einem Preis für die Annexion gleichzeitig mit der Mission des Fürsten Hohenlohe. Die Majorität dieses Reichstages als eine preussische hat die Verpflichtung zu beweisen, daß sie den Verlust Nordschleswigs um jeden Preis vermeiden will. Welchen Rechtstitel haben Sie, polnische Landesheile beim Bunde zu behalten? Redner erinnert an die Versprechungen eines hohen Generals und an den Spruch: „was für Preußen gewonnen ist, ist für Deutschland gewonnen.“

Bundeskanzler Graf Bismarck: Von einer Mission des Prinzen Hohenlohe ist mir, obwohl ich in jener Zeit ununterbrochen an der Spitze der Geschäfte gestanden, nichts bekannt. Ein Prinz Hohenlohe war bei der früheren gemeinschaftlichen Regierung des Herzogthums Schleswig zur Mission des dortigen Präsidiums beauftragt, eine Mission hat er nie gehabt. Das ist eine Fiction. Prinzipiell stehe ich nicht auf dem Boden des Vorredners. Ich halte eine Herrschaft Deutscher oder widerstrebende Nationen, ich will nicht sagen, eine Herrschaft, aber ein Zusammenleben Deutscher in demselben Gemeinwesen mit solchen Nationen, die darnach streben, sich von diesem Gemeinwesen abzulösen, nicht für nützlich; mitunter aber ist es nothwendig. In Polen ist es nothwendig, wie ein Bild auf die Karte zeigt, und bei der Kenntniß der Geschichte, die ich bei dem Herrn Vorredner voraussetzen darf, wird die heutige Karte für ihn durchsichtig sein und die Grenzen der alten Republik Polen wohl durchscheinen lassen. Die Schwierigkeit liegt für uns nicht in der Cession von Dänen, die dänisch sein wollen, an Dänemark, daß wir ablehnen wollen Dänemark zu geben was dänisch ist, sondern in der Mischung der Bevölkerung, daß wir Dänen nicht an Dänemark zurückgeben können, ohne Deutsche mit zurückzugeben. Wohnen sämmtliche Dänen auf einem Fleck an der Grenze und sämmtliche Deutsche diesseits, so würde ich es für eine thörichte Politik halten, diese Sache nicht mit einem Stich zu lösen und diesen District an Dänemark zurückzugeben. Ich halte es für eine einfache Folge des hiesigen Politik, die wir in Deutschland befolgen. Sie gegen die Polen zu befolgen, ist unmöglich nach der geschichtlichen Entwicklung uneres Staats. Auf den mit Bahos erhobenen Vorwurf gegen Preußen antworte ich, daß die Schleswigsche Holsteiner durch ihre dynastischen Intriguen selbst schuldig sind; sie waren nicht vor allem Deutsche, sondern ihr Particularismus war ihnen wichtiger. Dafür abzurechnen wird sich eine andere Gelegenheit finden. (Beifall.)

Zu Alinea VII. erhält Abg. Lasker das Wort, um die Verfassung gegen den Vorwurf zu schützen, als sorge sie nur um die materielle Frage des Magens. Die Sorge für ein gemeinsames Straf- und Civilrecht, für Schutz gegen Justizverweigerung, für Erweiterung des Budgetrechtes sind ideelle Aufgaben, die ganze Verfassung ist voll von ihnen, die Adresse faßt sie zusammen unter dem Ausdruck geistige und sittliche Güter. Selbst die Freizügigkeit ist nicht bloß eine Frage für Handel und Verkehr. Verdient die Verfassung die Herabsetzung, die ihr von meinem Vorredner (Schaffrath) zu Theil geworden? Selbe man uns vielmehr die Verfassung in diesem Sinne zu entwickeln!

Abg. Mammen: Das Ausgabe-Budget des Staats des norddeutschen Bundes beträgt 72 Millionen, davon sind 66½ Millionen der Controle des Reichstages entzogen. Sie können jetzt Ihre weise Sparsamkeit über ein 5½ Millionen. (Unruhe.)

Die Specialdebatte ist geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Günther (Sachsen): Der Abg. Braun hat aus meinen Ausführungen vorhin gefolgert, daß ich das lebhafteste Verlangen nach Blut und Schlachten hege. Ich beneide den Herrn Abgeordneten nicht um die Logik, vermittelst deren er zu diesem Schlusse gekommen, sehe mich aber dennoch genöthigt, mich zu verwahren gegen diese Verdächtigung meiner friedfertigen Absichten. (Heiterkeit.)

Abg. Braun (Wiesbaden): Der Herr Abgeordnete möge sich die Mühe geben, in dem stenographischen Berichte nachzulesen. Ich habe ihm nicht nachgesagt, daß er nach Blut lecht. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schaffrath: Ich constatire nur, daß der Abg. Lasker mehrere Aeußerungen, welche ich als von Anderen gefallen citirt habe, mir selber in den Mund gelegt hat.

Man kommt zur Abstimmung. Der Antrag auf motivirte Tagesordnung wird abgelehnt (dafür nur die Unterzeichner). Ebenfalls abgelehnt wird das Amendement Reichensperger. Die Adresse selbst wird sodann in namentlicher Abstimmung mit 157 gegen 58 Stimmen an-

genommen. Dagegen stimmten die Abgg. Ausfeld, Bebel, Dr. Beder (Dortmund), Bader (Obernburg), Blum (Köln), Dr. Bödel, v. Buchowski, v. Chlapowski (Köln), Corneli, v. Garlinski, Dunder, Försterling, Dr. Franke, Dr. Föhling, Hebert, v. Graebe, Günther (Sachsen), Hähnel, v. Hammerstein, Hartort, Heubner, v. Hilgers, v. Jadowski, Jentzen, Jordan, Kantak, v. Kirchmann, Knapp, Kraus, v. Kwieler, v. Köb, Dr. Löwe, Liebfried, Mammen, v. Münchhausen, Nehmichen, v. Radkewicz, Rang, Reeder, Reichenberger, Dr. Reinde, Richter, Riedel, Robland, Ronge, Ruffel, Sackhe, Dr. Schaffrath, Dr. Schleiden, Schred, Schulze, Dr. Schwanke, Dr. v. Schweizer, Dr. Waldeck, Dr. Wigard, Dr. Wiggers (Berlin), v. Zehmen, Ziegler.

Der Präsident erklärt, daß er die Entscheidung Sr. Majestät über Zeit und Ort des Empfanges der Deputation zur Uebereinkunft der Adresse einholen und demnachst dem Reichstage davon Kenntniß geben werde.

Der Präsident ernennet zu Referenten über den Kaiserlichen Gesetz-Entwurf die Abgeordneten Dr. Salgwedel und Dr. Braun (Wiesbaden).

Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen. In der Sitzung am Freitag wird die Vorberatung über den Etat beinhalten.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.
Paris, 24. September, Abends. Die „Patrie“ meldet, daß Garibaldi sich in die Berge an der Grenze begeben hat; man glaubt, daß derselbe sich bereits unmittelbar an der Grenze aufgehalte; es soll Ordre gegeben sein, ihn zu verhaften. Derselben Journal zufolge werden in Loulon Vorbereitungen getroffen, um Schiffe bereit zu stellen; man versichert, die Flotte werde alsbald Befehl erhalten, sich an die römische Küste zu begeben; auch sollen bereits alle Anstalten getroffen sein, welche für den Fall einer Einschiffung von Truppen erforderlich sind.

Berliner Börse vom 24. September 1867.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Cours', 'Kisenbahn-Stamm-Actien', and 'Wechsel-Cours'. It lists various financial instruments and their market prices.

Table with columns for 'Bank- und Industrie-Papiere'. It lists shares of various banks and industrial companies with their respective prices.

Breslau, 25. Septbr. Am heutigen Markte zeigte sich der Geschäftverkehr wenig angeregt, Preise haben sich bei beschränktem Umsatz ungesähr behauptet.

Weizen preishaltend, pr. 84 Pfund schlechter weißer 98 bis 110 Sgr., gelber 96—107 Sgr., feinste Sorte 2 bis 3 Sgr. Aber Notiz bezahlt. Roggen bei ruhiger Frage, pr. 84 Pfd. 81 bis 85 Sgr., feinste Sorte aber Notiz bezahlt. — Gerste sehr fest, pr. 74 Pfd. gelbe 56 bis 58 Sgr., helle 59 Sgr., weiße 60—62 Sgr., feinste Sorte aber Notiz bezahlt. — Hafer fest, pr. 50 Pfd. 30—33 Sgr., feinste Sorte 34 Sgr. bezahlt. — Erbsen schwacher Umsatz. — Wicken ohne Frage. — Delfaaten behauptet. — Bohnen ohne Umsa. — Schlaglein mehr angeboten. — Kapstücken cubig, 49—52 Sgr. pr. Ctr.

Table with columns for 'Sgr. pr. Schf.' and 'Sgr. pr. Schf.'. It lists prices for various commodities like wheat, rye, and beans.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns for 'Der Barometerstand bei 0 Qued.', 'Barometer', 'Luft-Temperatur', 'Windrichtung und -stärke', and 'Wetter'. It provides weather data for Breslau on Sept. 24 and 25.

Wesbacher Caviar

von gestern erhaltener Sendung empfiehlt in ganz vorzüglicher Qualität: Eduard Scholz, Oblauerstraße 79, vis-a-vis dem Hotel zum weißen Adler. [2890] Berliner-Platz 5 am Freiburger und Märktischen Bahnhofs eine Wohnung oder Comptoir par terre zu vermieten. Näheres beim Wirth. [2891] Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.